

Offener Brief zum Bahnchaos rund um Reutlingen und Tübingen



Parents for Future Reutlingen und Tübingen
Fridays for Future Reutlingen und Tübingen
c/o Umweltzentrum Tübingen, Kronenstraße 4, 72072 Tübingen
reutlingen@parentsforfuture.de oder tuebingen@parentsforfuture.de
reutlingen@fridaysforfuture.de oder fridaysforfuture.tuebingen@posteo.de

11.03.2020

Fast 4.000 Menschen unterzeichneten den offenen Brief zum Bahnchaos Pressemitteilung zum Ergebnis der Unterstützeraktion

„Wir sind überwältigt von der großen Unterstützung!“ so alle Vertreterinnen und Vertreter der vier Gruppierungen unisono. „Wir hatten gehofft, dass es 500 Unterschriften werden, 1.000 wären ein tolles Ziel in dieser kurzen Zeit gewesen, aber mehr als 3000 Unterzeichnern ist ein gigantisches Ergebnis, das aber auch die Dringlichkeit zeigt. Wir bedanken uns bei allen Unterzeichnenden ganz herzlich und hoffen, dass uns dies den notwendigen Rückenwind für die anstehenden Termine gibt!“

Parents and Fridays for Future Reutlingen und Tübingen hatten seit Januar 2020 zur Unterzeichnung des offenen Briefes zum Bahnchaos rund um Reutlingen und Tübingen an Kreistage sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete der Wahlkreise aufgerufen. Am 10. März 2020 wurden nun alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zusammengezählt. 3.851 Menschen haben analog oder in der Onlinepetition unterzeichnet.

Am 16. März 2020 um 15 Uhr werden die Unterschriften zu Beginn der Kreistagsitzung im Landratsamt Reutlingen an den Reutlinger Landrat und Kreistag öffentlich überreicht. Hierzu sind alle Unterstützerinnen und Unterstützer herzlich eingeladen!!!

Zuvor am selben Tag sind die Unterzeichnerinnen bereits zu einem presseöffentlichen Gespräch mit Herrn Landrat Reumann, Herrn Landesverkehrsminister Herrmann und dem Geschäftsführer der DB Regio AG in Baden-Württemberg sowie den Kreistagsfraktionen eingeladen. In diesem Gespräch sollen laut Einladung konkrete Lösungen und das, was derzeit zur Behebung der Probleme getan wird, dargelegt werden. „Wir hoffen sehr, dass konkret spürbare Verbesserungen der derzeitigen Situation, die auch dauerhaft tragfähig sind, schnell angegangen werden“ bringt Tanja Leinweber von Parents for Future Tübingen die Erwartungen der Autorinnen des offenen Briefes zum Ausdruck.

Denn auch wenn sich die Situation nach aktuellen Angaben etwas verbessert hat (siehe z.B. Tagblatt vom 6.2. und 5.3.2020), fällt dennoch regelmäßig der Frühzug um 5.03 Uhr von Reutlingen nach Tübingen aus und überraschende Zugausfälle sind weiterhin in den Alltag einzukalkulieren. So fielen am 4. März gleich zwei Züge zur Mittagszeit für die Heimfahrt von Schülern und Teilzeitarbeitenden, die zuhause Kinder zu versorgen haben, aus. Es scheint momentan also eher so zu sein, wie die Sprecherin der Neckar-Alb-Bahn selbst sagte (siehe Tagblatt vom 15.02.2020): „Wir können keine Entspannung versprechen“. „Daher erwarten wir

eine grundsätzliche Neuaufstellung des ÖPNV-Krisenmanagements“ so Jule Seeger von Fridays for Future Tübingen.

Am 25. März 2020 wird es des Weiteren ein presseöffentliches Gespräch mit Herrn Landrat Walter und den Mitgliedern des Kreisrats Tübingen geben und am 30. März 2020 werden die Unterzeichnerinnen des offenen Briefes Gespräche mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten der Grünen, der SPD und der Partei Die Linke führen. Die Abgeordneten von CDU und FDP sagten die Einladungen der Unterzeichnerinnen ab ohne ein persönliches Treffen anzubieten, wie das bei den anderen Parteien üblich war.

Herr Selcuk, Herr Rosemann und Herr Donth äußerten sich bereits schriftlich zum offenen Brief. Herr Selcuk ist Mitglied des Verkehrsausschusses im Landtag. Herr Donth ist für die Themen Schienenverkehr und ÖPNV zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie äußerten sich zu den folgenden Punkten, die auch in den kommenden Terminen von den Unterzeichnerinnen thematisiert werden:

Finanzen und Zuständigkeiten

Herr Rosemann (SPD, MdB) betont, dass zwar der Bund der Alleineigentümer der Deutschen Bahn ist, dass es in unserem föderalen System jedoch eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und den Ländern gebe. Besonders die Länder würden immer wieder ausdrücklich auf diese Kompetenz pochen. Da es um den Regionalverkehr geht, müsse daher das Land seiner Verantwortung nachkommen. Als Ursache für das momentane Chaos sieht Herr Rosemann vor allem die unzulänglichen Ausschreibungen des Landesverkehrsministeriums für den zukünftigen Betrieb der regionalen Strecken. Dabei fehle es nicht an Geld, sondern an einem adäquaten Konzept und einer bedarfsgerechten Organisation. Herr Donth (CDU, MdB und Kreisrat von Reutlingen) führte aus, dass der Bundestag erst im Januar 2020 zusätzliche Regionalisierungsmittel für den ÖPNV in den Haushalt eingestellt habe. Dies wären laut Herrn Donth 16,5 Millionen Euro für das Jahr 2020 für Baden-Württemberg oder zusätzliche 5,2 Milliarden bundesweit in den nächsten 10 Jahren.

Angesichts dessen, dass die Regionalisierungsmittel für die Zugbestellungen durch das Land ca. 800 Millionen Euro jährlich betragen und allein die Verbesserung der Tarifzonen im Verkehrsverbund Stuttgart 42 Millionen Euro pro Jahr kostet (siehe Tagblatt vom 02.03.2020), erscheinen die angeführten Regionalisierungsmittel für den schienengebundenen ÖPNV für die Unterzeichnerinnen des offenen Briefes bei weitem nicht ausreichend. Dies ist insbesondere auch deshalb nicht ausreichend, da auch für den Verkehrsverbund Naldo eine solche Tarifzonenvereinfachung zur Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV dringend notwendig wäre. „Offen bleibt bei den Rückmeldungen der Abgeordneten von SPD und CDU auch, weshalb es der DB Regio AG nicht möglich ist, den derzeit vertraglich vereinbarten Regionalverkehr zu gewährleisten“, so Verena Ludewig von Parents for Future Reutlingen. Wenn die Deutsche Bahn für andere Strecken im Land mit Fahrzeugen aushilft, sollte dies nur dann erfolgen, wenn dies nicht zu Lasten anderer Strecken geht. Ansonsten sollte zusätzlich erforderliches Wagenmaterial anderweitig – sofern möglich gerne auch innerhalb des gesamten DB-Konzerns - besorgt werden.

Schienenersatzverkehr

Im offenen Brief zum Bahnchaos wird ein Schienenersatzverkehr mit Bussen oder - wenn keine Busse anmietbar sind - Sammeltaxis bei Zugausfällen bei allen Regionalbahnen gefordert. Die Landräte und Kreisräte der beiden Landkreise als Teil des Naldo werden aufgefordert, einen Schienenersatzverkehr für Zugausfälle für alle Regionalbahnen einzurichten. Die Landesregierung als Besteller des schienengebundenen ÖPNV soll darauf hinwirken, dass die vertraglichen Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation genutzt werden.

Herr Donth erwartet „von allen Verantwortlichen die Gewährleistung eines ausfallfreien Zug- und Schienenersatzverkehr-Angebots, das alle Haltestellen gleichermaßen bedient.“ Herr Rosemann hält für kritische Zeiten schnelle und einfach zu erreichende Alternativen wie etwa Schienenersatzverkehr mit Bussen oder Taxis erforderlich. Dieser müsse zu allen Tageszeiten in angemessenem Umfang, was Taktung und die Anzahl der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge angeht, zur Verfügung stehen. Im Falle des Wegfalls einzelner Verbindungen aufgrund von Personalausfällen oder technischen Defekten müsse der jeweilige Streckenbetreiber verpflichtet werden, genügend Wagenmaterial vorzuhalten, um die anderen Verbindungen kurzfristig auf mehr Fahrgäste einstellen zu können. Herr Selcuk unterstützt die Forderung nach einem flexiblen Schienenersatzverkehr.

„Hier sind wir sehr gespannt, auf die Lösungsvorschläge, die uns am 16. März vorgestellt werden. Denn dies ist das drängendste Problem von allen“, so Tanja Leinweber von Parents for Future Tübingen.

Wagenmaterial

Im offenen Brief zum Bahnchaos wird ein kurzfristiges Organisieren von zusätzlichem Wagenmaterial für die Betreiber der Strecken gefordert, um die Züge zu verlängern. Zu kurze Wagen sind regelmäßig überfüllt und häufig können viele Personen nicht oder nur im Menschengedrange mitfahren. Frau Beauftragte der Bundesregierung Widmann-Mauz und die Bundestagsabgeordneten Donth und Rosemann werden aufgefordert, kurzfristig Ihre Möglichkeiten in der Bundesregierung als Eigentümerin der Deutschen Bahn zu nutzen, um auf die Deutsche Bahn als derzeitigen Betreiber der Strecken einzuwirken, damit ausreichend funktionierendes Wagenmaterial zur Verfügung steht, ggf. auch unterstützt durch zusätzliche Bundesnahverkehrsmittel. Von Seite des Landes soll auf die Deutsche Bahn entsprechend eingewirkt und ggf. zusätzliches Wagenmaterial anderweitig angemietet werden.

Herr Donth teilt mit, dass er in engem Austausch mit der Bahn sei und er versichert, dass alles Mögliche getan wird. Nun seien die neuen Verkehrsunternehmen im Land in der Verantwortung, um weitere Kapazitäten auch für unsere Region schaffen zu können, um die DB da zu entlasten, wo sie nicht mehr zuständig ist. Herr Selcuk weist darauf hin, dass Verkehrsminister Herrmann als oberster Fahrdienstleiter in der Pflicht ist, für zusätzliches Wagenmaterial zu sorgen.

Es erschließt sich den Unterzeichnerinnen des offenen Briefes nicht, weshalb die Deutsche Bahn nicht mit der vertraglich vereinbarten Wagenqualität ihre Leistung erbringt und weshalb hierfür der Landesverkehrsminister und nicht die DB Regio AG bzw. die Deutsche Bahn verantwortlich sein soll. Dies wird daher ein wichtiger Aspekt in den anstehenden Terminen.

Entschädigung

Eine weitere Forderung im offenen Brief ist die Rückerstattung/Entschädigung von Fahrkarten auch im Regionalverkehr für Monatskarteninhaber und Einzelfahrten für die letzten Monate. Diese wird für Schüler ebenso wie für Erwachsene für erforderlich gehalten. Die Landräte und die Kreisräte der beiden Landkreise als Teil des Naldo sollen eine Rückerstattung/Entschädigung für den bisherigen unzumutbaren Bahnbetrieb für alle Naldo-Monatsticketinhaber einrichten.

Herr Selcuk begrüßt, dass Verkehrsminister Herrmann eine einmalige Entschädigung für Bahnpendler*innen plant, die in den letzten sechs Monaten besonders massiv von Verspätungen und Zugausfällen betroffen waren. Er fordert aber darüber hinaus auch eine generelle Entschädigungsregelung für den Regionalverkehr. Herr Rosemann meint, dass ein unbürokratisches und entgegenkommendes Entschädigungssystem im Regionalverkehr verlorengegangenes Vertrauen zumindest in Teilen wiederherzustellen hilft. Herr Donth unterstützt die Forderung nach einer umfassenden Rückerstattung von Fahrkarten. Eine Monatskarte zu erstatten ist für ihn „nicht ausreichend, um die Schlampereien und deren Folgen auszugleichen. Zumal auch viele Pendler betroffen sind, die keine Monatskarte haben.

Gerade auch die gelegentlichen Bahn-Nutzer benötigen einen zuverlässigen ÖPNV, um den PKW dauerhaft stehen zu lassen.“

Die Hauptunterzeichnerinnen des offenen Briefes sind erfreut über den sich abzeichnenden Konsens in Bezug auf die Notwendigkeit einer Entschädigungsregelung, die vom Landesverkehrsministerium auch schon in Aussicht gestellt wurde (siehe Tagblatt vom 07.02.2020). Diese Regelung scheint sich derzeit jedoch nur auf Bahnmonatstickets zu begrenzen. „Hier ist eine umfassendere Regelung auch für alle Naldokarten-Besitzer und für Einzeltickets, die wegen Zugausfall nicht genutzt werden können, erforderlich“, so Ricarda Schneider von Fridays für Future Reutlingen.

Bessere Tarifverträge

Zudem wird im offenen Brief ein besserer Tarifvertrag für Zug- und Buspersonal mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen gefordert, damit dieses Arbeitsgebiet wieder attraktiv und damit dem akuten Zugpersonal- und Busfahreremangel entgegengewirkt wird.

Die Notwendigkeit von besseren Tarifverträgen für die Beschäftigten im ÖPNV wird von Herrn Selcuk (SPD, MdL) und Herrn Rosemann (SPD, MdB) und der SPD ausdrücklich unterstützt. Herr Selcuk sieht den Mangel an Zugpersonal und Busfahrer*innen als signifikant an und dass Verbesserungen von Lohn und Arbeitsbedingungen sicher dazu beitragen, diesem Mangel entgegenzuwirken. Hier seien sowohl die Kommunen, das Land als auch der Bund gefordert, welche jeweils Anteile an den Verkehrsbetrieben besitzen. Die SPD im Reutlinger Gemeinderat fordert zum Beispiel eine betriebliche Altersversorgung für Angestellte der RSV und mehr betriebliche Mitbestimmungsrechte. Herr Donth (CDU, MdB und Kreistag Reutlingen) kritisiert, dass das Land bei der Vergabe des schienengebundenen ÖPNV hierzu nicht ausreichend Regelungen getroffen hat und der zukünftige Betreiber Abellio auf der Regionalbahnstrecke Herrenberg – Bad Urach ab Juli hier schlechtere Arbeitsbedingungen als die deutsche Bahn bietet.

Nach den im Internet zugänglichen Unterlagen zu Stellenausschreibungen bei Abellio erscheinen die Gehaltsaussichten bei Abellio sogar besser als bei der DB AG. Inwiefern dies in der Gesamtbetrachtung der Tarifgestaltung jedoch ggf. doch schlechter als bei der DB ist, konnte von den Unterzeichnerinnen des offenen Briefes noch nicht abschließend geklärt werden und wird auch Gegenstand der Gespräche sein.

Fahrgastbeirat

Im offenen Brief wird zur Vertretung der Interessen der ÖPNV-Nutzer im Naldo und gegenüber den Bestellern des ÖPNV und den Verkehrsunternehmen die Einrichtung eines Fahrgastbeirat jeweils für den Landkreis Tübingen und den Landkreis Reutlingen gefordert, der durch die Landkreise eingerichtet werden soll.

Diese Forderung zur Einrichtung von Fahrgastbeiräten auf Landkreisebene wird von Herrn Donth (CDU, MdB und Kreisrat Reutlingen), Herrn Rosemann (SPD, MdB) und Herrn Selcuk (MdL) ausdrücklich unterstützt. „Daher haben wir große Hoffnung, dass es zeitnah zur Einrichtung von Fahrgastbeiräten auf Landkreisebene kommt, in denen neben den Unterzeichnergruppierungen auch andere Interessensvertreter wie zumindest VCD, ADFC, BUND und Vertreter von Menschen mit Behinderungen und Asylsuchenden vertreten sind, so Verena Ludewig von Parents for Future Reutlingen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie gerne unter tuebingen@parentsforfuture.de oder 07121 677328.

Freundliche Grüße

Ihre Parents and Fridays for Future Reutlingen und Tübingen
Tanja Leinweber, Verena Ludewig, Ricarda Schneider und Jule Seeger